

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 243 · 42. Woche · 77. Jahrgang · Fern

Donnerstag, 20. Oktober 2022

www.stn.de · € 2,40 · E 4063

Vegetarisches Schulesen: Kritik an Freiburg

Fleisch bleibt in den Schulen und Kitas im Land auf dem Essensplan. Caterer erhöhen allerdings bereits die Preise.

STUTTGART. Mit ihrer Entscheidung Kita- und Schulkindern vom nächsten Schuljahr an nur noch vegetarisches Essen anzubieten, steht Freiburg bisher allein da. Es sei bisher keine andere Stadt im Land bekannt, die nur noch fleischlose Kost in Kitas und Schulen anbiete, teilte das Agrarministerium in Stuttgart mit und kritisierte den Beschluss: „Zu einer ausgewogenen Ernährung gehört nach unserer Einschätzung auch Fleisch.“

Für die Maßnahme in Freiburg spielen auch steigende Kosten für das Schulesen eine Rolle. In Ludwigsburg haben die Caterer gegenüber der Stadt wegen der Inflation bereits die Preise erhöht. Ob ein Teil dieser Mehrkosten an die Eltern weitergegeben wird, müsse mit dem Gemeinderat diskutiert werden, sagte eine Sprecherin der Stadt. *nl*

Essen im Kunstwerk

In Esslingen geboren, ist Tobias Rehberger einer der international wichtigsten deutschen Gegenwartskünstler. Jetzt hat sich der Wahl-Frankfurter auf ein neues Projekt in Stuttgart eingelassen: Im kühlen Industriegebiet Stuttgart-Wangen lockt ein Lokal als begehbare Raumskulptur.



Kommentar

Legalisierung mit Augenmaß

Gesundheitsminister Lauterbachs Eckpunkte für die Freigabe von Cannabis sind verantwortungsvoll.

VON NORBERT WALLET

Die Koalition kommt mit ihren Plänen zur Cannabis-Legalisierung voran. Jetzt liegen Eckpunkte des Konzepts vor. Das ist eine gute Nachricht. Nicht weil durch eine Legalisierung des Konsums der Kiffer-Traum vom unbegrenzten Recht auf Rausch Wirklichkeit würde. Sondern vor allem, weil es richtig ist, einen wilden und schwarzen Drogenmarkt zu kontrollieren und zu regulieren. Cannabis ist durchaus keine harmlose Sache. Rund ein Drittel aller Drogentherapien in der Europäischen Union geht auf Cannabis-Missbrauch zurück. Und der Anteil des berauschenden Wirkstoffs THC wird immer höher.

Hier setzen die Eckpunkte klare Grenzen. Kauf und Besitz von 20 Gramm Cannabis sollen ab dem Alter von 18 Jahren straffrei sein. Der THC-Gehalt der in lizenzierten Geschäften oder Apotheken angebotenen Ware darf maximal 15 Prozent betragen, für 18- bis 21-jährige höchstens zehn Prozent. Das wäre eine Regelung mit Augenmaß, die den Konsumenten zusätzlich Sicherheit bringt. Bei Jugendlichen wird aufgefunden Cannabis weiter beschlagnahmt.

Aber die Kriminalisierung hört auf, und das ist die zweite gute Nachricht. 2019 wurden 225 000 Strafverfahren wegen Cannabis geführt. Eine absurd hohe Zahl. 83 Prozent davon richteten sich nicht gegen Dealer, sondern gegen einfache Konsumenten. Das ist ein vollkommen unhaltbarer Zustand. Es ist höchste Zeit für die Reform. Die Eckpunkte dazu sind durchaus vernünftig.

Wetter



Mittags 19° | Nachts 7°
Nach Nebel viele Wolken
und gebietsweise Regen

Seite 7

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 61 61



Hacker-Attacken besorgen Polizei weltweit am meisten

Interpol rechnet mit deutlichem Anstieg in diesem Kriminalitätsbereich in den kommenden Jahren. Der Chaos Computer Club sieht Deutschland schlecht gegen Internetbetrug und Datenklau gerüstet.

VON NORBERT WALLET

STUTTGART/LYON. Polizeibeamte sehen derzeit nach einem Bericht der Internationalen Polizeiorganisation (Interpol) die Internetkriminalität und Finanzstraftaten weltweit als größte Bedrohungen. Wie die Behörde mit Sitz in Lyon mitteilte, geht sie auch davon aus, dass diese Kriminalitätsbereiche in den kommenden Jahren deutlich zunehmen werden. Interpol ist mit 195 Mitgliedsländern die wichtigste Polizeiorganisation der Welt. Am Mittwoch veröffentlichte die Behörde erstmals einen Bericht zu weltweiten Kriminalitätstrends.

Linus Neumann, Sprecher des Chaos Computer Club, der größten europäischen Hacker-Vereinigung, sieht Deutschland gegen kriminell oder politisch motivierte Cyberattacken schlecht gerüstet. „Wir sehen tatsächlich schwere Defizite, wenn es darum geht, die Wiederherstellung der Betriebsfähigkeit schnell zu gewährleisten. Das betrifft die Wirtschaft wie die öffentliche Verwaltung“, sagte er unserer Zeitung. Er hält es für „denkbar“, dass Cyberattacken künftig häufiger einen politischen Hintergrund und statt Erpressung Sabotage als Ziel haben.

„Die Kriminalitätstrends zu verstehen und ihnen zuvorzukommen ist eine absolute Grundlage der Polizeiarbeit.“

Jürgen Stock,
Generalsekretär
von Interpol



Foto: imago/
Georgios Schneider

„Aktuell sehen wir das im Vergleich zur blanken Kriminalität wenig“, sagte er. „Wichtig ist aber: Vor beiden Motiven müssen wir uns in genau derselben Weise schützen. Technisch gehen politische Angreifer nicht anders vor als kriminelle.“ Die Bedrohungslage sei durchaus desaströs und erfordere unmittelbares Handeln auf allen Ebenen.

„Die Kriminalitätstrends zu verstehen und ihnen zuvorzukommen ist eine absolute Grundlage der Polizeiarbeit“, zitierte Interpol ihren Generalsekretär Jürgen Stock. Der Report ist nicht öffentlich einsehbar. Er soll den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung stehen. Mehr als 60 Prozent der für den Report befragten Polizistinnen und Polizisten schätzten Geldwäsche, Internetbetrug, Phishing und Ransomware als große oder sehr große Gefahr ein. Bei Ransomware-Angriffen werden Computer von Schadprogrammen verschlüsselt und dadurch unbrauchbar gemacht. Phishing meint den Datenklau etwa mit gefälschten Mails.

Leitartikel

Besitz von 20 Gramm Cannabis soll straffrei sein

Die Pläne der Bundesregierung zur Legalisierung schreiten voran. Kassenärzte kritisieren Ampelvorstoß.

BERLIN. Die Bundesregierung arbeitet intensiv am geplanten Gesetz zur Cannabis-Legalisierung, hat aber noch keine Einigung dazu erzielt. Es gebe noch kein in der Koalition abgestimmtes Eckpunktepapier, sagte eine Sprecherin des Bundesgesundheitsministeriums am Mittwoch in Berlin. Nach Angaben des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) sieht ein Entwurf von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vor, dass Kauf und Besitz von 20 Gramm Cannabis ab 18 grundsätzlich straffrei sein sollen.

Die FDP forderte Nachbesserungen an dem Entwurf. „20 Gramm sind zu wenig“, erklärte die drogenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Kristine Lütke. „Wir schlagen eine Erwerbsmenge von 30 Gramm vor.“ Die Kassenärzte kritisierten die Pläne. *AFP/epd*
Kommentar

Land sagt Elterntaxis mit Kampagne den Kampf an

Zahl der Unfälle auf Schulwegen steigt. Verkehrsminister Hermann befürwortet Sperrung von Straßen vor Schulen durch Kommunen.

VON CHRISTOPH LINK

STUTTGART. Nach einem starken Rückgang der Unfälle auf Schulwegen in Baden-Württemberg in den Coronajahren 2020 und 2021 mit den Schulschließungen steigen die Zahlen wieder merklich an. Im ersten Halbjahr 2022 ereigneten sich laut Innenministerium bereits 208 Unfälle auf dem Schulweg bei den bis 17-jährigen, dabei erlitten 187 Kinder oder Jugendliche leichte Verletzungen, 25 wurden schwer verletzt. Die Zahlen entsprechen ungefähr dem ersten Halbjahr von 2019, also vor Corona. Im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 hatte es im Südwesten jährlich 502 Schulwegunfälle gegeben mit 434 Leichtverletzten, 82 Schwerverletzten und zwei Toten.

In der Pandemie waren die Zahlen zum Teil um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Das Verkehrs-, das Kultus- und das Innenmi-

nisterium haben am Mittwoch ein Programm vorgestellt, mit dem Schulen und Kommunen landesweit Beratung bei der Schaffung von sichereren Schulwegen erhalten können. „Immer mehr Kinder werden zur Schule gefahren, statt zu Fuß zu gehen oder das Rad zu nutzen“, sagte Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne). Mit dem Programm „Mover: Aktiv zur Schule“ sollen Schulwege sicherer gestaltet werden.

Ein Punkt des Programms zielt auf die Elterntaxis, das Bringen von Kindern per Auto, das die Risiken vor Schultoren noch erhöht. Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) bezeichnete Elterntaxis als ärgerlich: „Vor Schulen sollten eigentlich gar keine Autos fahren. Die Kommunen sollten das Recht erhalten, dort befristet Straßen sperren zu können – oder Tempo 10 oder 20 zu verhängen.“ Die „Absetzplätze“ sollten 300 Meter Mindestabstand zur Schule haben.

Land sagt Nein zu raschem Entlastungspaket

Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut weist Forderungen nach zügigen Landeshilfen in der Krise zurück.

STUTTGART. Landeswirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) weist Forderungen aus Wirtschaft und Gewerkschaften nach einem raschen Entlastungspaket des Landes zur Bewältigung der Energiekrise zurück. „Es ist in dieser Krise vernünftig und politisch geboten, klug vorzugehen und das eine nach dem anderen zu machen“, sagte sie unserer Zeitung. „Sonst gibt es ein Durcheinander, was die Sache nicht besser, sondern schlimmer machen würde.“

DGB-Landeschef Kai Burmeister kritisierte: „Bisher hat die Landesregierung zu sehr auf der Bremse gestanden und Verantwortung von sich weggeschoben – da erwarte ich mehr Tempo und das Signal, dass die Betriebe und ihre Beschäftigten nicht hinten runterfallen dürfen.“ *ms*

VfB zieht souverän ins Achtelfinale ein

STUTTGART. Wenige Tage nach dem ersten Saisonsieg in der Fußball-Bundesliga bleibt der VfB Stuttgart unter Interimstrainer Michael Wimmer auch im DFB-Pokal in der Erfolgsspur. Die Schwaben gewannen am Mittwochabend nach einer eindrucksvollen Leistung mit 6:0 (4:0) gegen das desolat verteidigende Zweitliga-Schlusslicht Arminia Bielefeld. Damit steht der VfB ebenso im Achtelfinale wie der SC Freiburg, der FC Bayern München und Borussia Dortmund.

Polizei sucht Motiv nach Messerangriff

LUDWIGSHAFEN. Einen Tag nach einem Messerangriff mit zwei Toten in Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) sind die Hintergründe und Motive der Tat weiterhin unklar. Gerüchte über einen Beziehungsstreit könnten derzeit nicht mit Sicherheit bestätigt werden, teilte die Polizei am Mittwoch mit.

Der Messerangriff wurde den Angaben zufolge mit einem großen Küchenmesser ausgeführt. Die mutmaßliche Tatwaffe wurde in dem Drogeriemarkt gefunden, in dem der Verdächtige von der Polizei gestellt und mit mehreren Schüssen verletzt worden war. Der Polizei zufolge handelt es sich bei dem Verdächtigen um einen somalischen Staatsangehörigen. Die drei Opfer seien nach bisherigen Erkenntnissen Deutsche. *dpa/AFP*